



## Information gemäß Art. 13 der Datenschutz- Grundverordnung (DSGVO)

### Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Verantwortlich für die Verarbeitung der entsprechenden Daten im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist die Stadtverwaltung Marl, Amt für Bürgerdienste, Abteilung Ausländerwesen, Creiler Platz 1 in 45768 Marl. Anfragen können Sie schriftlich, telefonisch unter der Telefonnummer 02365 99 0 oder per E-Mail an [auslaenderwesen@marl.de](mailto:auslaenderwesen@marl.de) richten.

### Beauftragter für den Datenschutz

Anfragen an den behördlichen Datenschutzbeauftragten können an die Stadtverwaltung Marl, Behördlicher Datenschutzbeauftragter, Creiler Platz 1 in 45768 Marl oder per E-Mail an [datschutzbeauftragter@marl.de](mailto:datschutzbeauftragter@marl.de) gerichtet werden.

### Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden für die Erfüllung der Aufgaben benötigt. Sofern wir die für unsere Aufgabenerfüllung erforderlichen Daten nicht erhalten, kann es dazu kommen, dass wir Ihr Anliegen nicht bearbeiten können. Der Zweck der Verarbeitung zur Ausstellung einer Verpflichtungserklärung ergibt sich aus §§ 66 ff. des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG).

Die Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DSGVO in Verbindung mit §§ 66-68, 70, 86 AufenthG sowie § 69 Abs. 2 Nr. 2g Aufenthaltsverordnung AufenthV) verarbeitet.

Aufgrund der gesetzlich vorgeschriebenen bzw. zugelassenen oder durch Ihre Einwilligung legitimierten Datenerhebung ist die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten rechtmäßig.

### Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten können an Leistungsbehörden, denen ein Erstattungsanspruch zusteht (§ 68 Abs. 4 AufenthG), der Visawarndatei beim Bundesverwaltungsamt, bei Falschangaben oder Nichterfüllung der Verpflichtungserklärung (§ 2 Abs. 1 Nr. 3 Visawarndateigesetz (VWDG)) und dem Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Verfassungsschutz, Militärischer Abschirmdienst, Bundeskriminalamt und Zollkriminalamt zur Prüfung von Sicherheitsbedenken (§ 73 Abs. 1 AufenthG) weitergeleitet werden.

Falls erforderlich und gesetzlich zulässig, werden Ihre Daten auch an die zuständigen Behörden Ihres Heimatlandes weitergegeben oder von dort abgerufen. Im Rahmen der gesetzlichen Übermittlungspflicht ist die Weitergabe an alle Behörden und den aus den jeweiligen Gesetzen vorgeschriebenen Stellen möglich.

### Dauer der Speicherung

Die Dauer der Speicherung von personenbezogenen Daten richtet sich nach den jeweiligen gesetzlichen Aufbewahrungs- und Löschfristen, längstens jedoch 6 Jahre. Ihre Personenbezogenen Daten werden von uns nur so lange gespeichert, wie sie für die Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben bzw. zur Bearbeitung Ihres Anliegens erforderlich sind. Nach Ablauf der Frist werden die entsprechenden Daten routinemäßig gelöscht.

### Betroffenenrechte

Sofern personenbezogene Daten verarbeitet werden, besteht nach Art. 15 DSGVO ein Recht auf Auskunft der bei der Abteilung Ausländerwesen gespeicherten Daten. Nach Art. 16 DSGVO besteht ein Recht auf die unverzügliche Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten. Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so kann die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangt sowie Widerspruch eingelegt werden (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Unter den Voraussetzungen des Art. 20 DSGVO besteht ein Recht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten. Es bestehen ggf. gemäß Art. 23 DSGVO und sonstiger spezialgesetzlicher Regelungen Einschränkungen in Bezug auf die genannten Rechte.

### Widerrufsrecht bei Einwilligungen

Die Übermittlung personenbezogener Daten für Zwecke der Werbung oder des Adresshandels ist nur zulässig, wenn die betroffene Person eingewilligt hat (§ 44 Absatz 3 Satz 1 BMG i.V.m. Artikel 6 Absatz 1 lit. a DS-GVO). Die Einwilligung kann nach Artikel 7 Absatz 3 DS-GVO jederzeit gegenüber der Stelle widerrufen werden, gegenüber der die Einwilligung zuvor erteilt wurde.

### Beschwerderecht

Gemäß § 13 Abs. 2 Buchstabe 2 bzw. Art. 77 Abs. 1 DSGVO besteht das Recht auf Beschwerde gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten zu. Beschwerden sind zu richten an: Landesbeauftragte/r für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, Postfach 20 04 44, 40102 Düsseldorf.

Bitte beachten Sie, dass aufgrund der Komplexität des Aufgabenbereichs der Abteilung Ausländerwesen ggf. nicht alle Empfänger, Kategorien von Empfängern der Daten, Kategorien der personenbezogenen Daten und Datenquellen abschließend aufgezählt wurden. Sofern Ihrerseits Rückfragen bestehen, können Sie uns gerne ansprechen.

### Ihre Abteilung Ausländerwesen